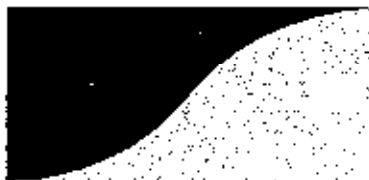


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pobn d



Inhalt

36. Jahrgang / 197

15. Oktober 1981

Antje Huber MdB, Mitglied des SPD-Präsidiums, begrüßt die Verleihung des Friedensnobelpreises 1981 an das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen: Appell an die Menschlichkeit.

Seite 1

Jan Oostergetelo MdB fordert anlässlich des Welternährungstages 1981, die Situation zum Vorteil der Hungernden zu ändern: Hier Überfluß - dort Hunger.

Seite 3

Basil D. Mathiopoulos kommentiert die bevorstehenden Wahlen in Griechenland: Gute Chancen für Papandreou. Seite 5

Dokumentation:

"Stichworte zum Dialog mit der Jugend" der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen (Teil II).

Seite 7

Appell an die Menschlichkeit

Der Friedensnobelpreis 1981 für das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Mitglied des SPD-Präsidiums

"Probleme, die durch Unmenschlichkeit entstehen, können nur durch Menschlichkeit gelöst werden." Das sagte 1938 Fridtjof Nansen, als er den Friedensnobelpreis für das von ihm gegründete Flüchtlingsbüro des Völkerbundes entgegennahm.

Nun hat das norwegische Nobelpreiskomitee den diesjährigen Friedensnobelpreis dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen (UNHCR) verliehen, "weil es trotz vieler politischer Schwierigkeiten, mit denen es zu kämpfen hatte, einen sehr bedeutenden Beitrag zur Flüchtlingshilfe geleistet hat", wie der Vorsitzende des Komitees in Oslo erklärte.

Mit diesem einen Satz hat Professor John Sannes das Wesentliche ausgesagt. 1954, als das UNO-Flüchtlingskommissariat zum erstenmal den Friedensnobelpreis erhielt, wurde es für die Hilfe, die es den Millionen Flüchtlingen in Europa zuteil hatte werden lassen, ausgezeichnet. In diesem Jahr lenkt die Preisverleihung unseren Blick auf die 14 bis 18 Millionen Flüchtlinge - keiner vermag genau zu sagen, wie viele es sind - in den Ländern der Dritten Welt. Das Flüchtlingselend in Afrika, Südostasien und besonders in Pakistan und Iran, wohin rund zwei Millionen Menschen nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan geflohen sind, kann gerade

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1



noch notdürftig erfaßt, nur in geringem Umfang gelindert, das heißt nicht gelöst werden.

Aufgabe des Komitees ist es, Flüchtlingen zu helfen, die aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen ihr Land verlassen mußten. Diese Kriterien treffen auf diese Millionen Menschen zu. Auf Grund ihrer religiösen Überzeugung, ihrer politischen Einstellung oder weil sie einer rassistischen Minderheit angehören, warten sie nun in einem fremden Land, eingepfercht in riesige Lager, auf eine bessere Zukunft, die vielleicht nie kommt. Die Länder, die die Flüchtlinge aufnehmen, sind selbst oft kaum in der Lage, die eigene Bevölkerung zu versorgen.

Für die Bundesrepublik stellt sich die Aufgabe, hier zu helfen. Gerade wir Deutsche haben dazu besonderen Anlaß, weil wir das Elend der Vertreibung vor und nach dem Zweiten Weltkrieg am eigenen Leibe erfahren haben. Das Budget der UNO-Organisation, das im vergangenen Jahr über 500 Millionen Dollar betragen hat und in diesem Jahr 460 Millionen Dollar umfaßt, wird zu einem Teil von der Bundesrepublik finanziert. Tausenden von Indochina-Flüchtlingen wird in der Bundesrepublik im Rahmen der Sozialgesetzgebung und zusätzlich durch den Garantiefonds geholfen. Dasselbe gilt für die Asylbewerber aus dem Ostblock, die außerhalb der großen Flüchtlingsströme zu uns kommen.

Die Zusammenarbeit der Bundesregierung bei der Durchführung der Ausgaben aus dem Flüchtlingsprogramm der Bundesregierung, die über das Zwischenstaatliche Komitee für europäische Auswanderung (ICEM) und freie Wohlfahrtsverbände abgewickelt wird, mit dem UNO-Flüchtlingskommissariat ist sehr gut. Wir versuchen zu helfen, soweit es im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten liegt. Die eigentliche Ursache des Flüchtlingselends, Unterdrückung und Unfrieden in der Welt kann man nur im Rahmen internationaler Bemühungen angehen.

Das Testament Alfred Nobels bestimmt, daß der Friedensnobelpreis denjenigen verliehen werden soll, die sich für die Reduzierung oder Abschaffung von Waffen einsetzen. Leider sind wir, auch heute noch, von einer weltweiten Abrüstung weit entfernt. Interessenkonflikte, Furcht und mangelnde Einsicht lassen die Arsenale noch wachsen. So ist es nur logisch, die auszuzeichnen, die wenigstens die Wirkung der Waffen und der Gewalt zu lindern versuchen, entsprechend der Devise des UNO-Hochkommissars Poul Hartling: "Alle edlen Gebote der Menschlichkeit fordern, daß Flüchtlinge nicht mit Gewalt zurückgewiesen und einer Lage ausgesetzt werden, in der ihr Leben in Gefahr ist."

Die Verleihung des Friedensnobelpreises 1981 an das UNO-Flüchtlingskommissariat ist ein Appell an die Menschlichkeit.
(-/15.10.1981/bgy/ca)

+ + +



Hier Überfluß - dort Hunger

Der Welternährungstag 1981 gemahnt, die Situation zum Vorteil der Hungernden zu ändern

Von Jan Oostergetelo MdB

Stellvertretender Obmann des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Hinter der Zahl von 800.000.000 Menschen, die ihr Leben von Hunger bedroht sehen, verbirgt sich eines der traurigsten und brennendsten Probleme der modernen Menschheitsgeschichte.

Am 16. Oktober wird im Bonner Kulturforum der internationale Welternährungstag begangen. Am 36. Gründungstag der FAO soll in 120 Nationen dieser Tag der internationalen Solidarität im Kampf gegen Hunger und Armut stärken. In der Zentrale der FAO in Rom wird Willy Brandt mit einer Rede diesen Tag eröffnen, der weltweit durch öffentliche Aufrufe, Ausstellungen, Seminare, Konferenzen, Gebete in Moscheen, Tempeln und Kirchen und mit einer einjährigen Ernährungskampagne in Kolumbien das Problem von Hunger und Armut in das Bewußtsein der "Wohlernährten" rücken soll.

Was ist unser Beitrag zur Beseitigung des Hungers in der Welt? Allen sind die Bilder abgemagerter Skelette und aufgedunsener Kinderbäuche bekannt. Zwar können wir uns darauf berufen, daß wir viele Millionen Deutsche Mark in die Entwicklungsländer schicken; Kapitalhilfe, Technische Hilfe, Nahrungsmittelhilfe werden von uns zur Beseitigung von Hunger und Armut in die Dritte Welt geschickt. Aber das reicht nicht - der Hunger nimmt zu.

Das Bevölkerungswachstum zehrt häufig die durch eine moderne Landwirtschaft gewonnenen Ertragssteigerungen wieder auf. Die entwicklungspolitischen Maßnahmen, die zu einer Steigerung der Erträge geführt haben werden oft als "Grüne Revolution" bezeichnet und haben neben ihren negativen Auswirkungen auf die soziale Verfassung der ländlichen Gesellschaft unbestreitbar zur Sicherung der Ernährung - gerade im Süd-Ost asiatischen Kontinent - beigetragen. Die Erfahrungen, die man bei der Entwicklung des ländlichen Raumes gemacht hat, scheinen Entwicklungspolitiker und Entwicklungsorganisationen dazu zu bringen, die Strategie zu ändern. "Selbsthilfe" und "ländliche Entwicklung" sind die neuen Schlagwörter, nachdem man erkannt hatte, daß die Masse der Menschheit auf dem Lande lebt und nur etwas erreicht werden kann, wenn man den Willen der dort Lebenden Menschen respektiert.

Die Länder der Dritten Welt haben zwar ihre Souveränität in den meisten Fällen erlangt; die Vorherrschaft der industrialisierten Länder ist geblieben. Am Beispiel der europäischen Agrarpolitik läßt sich der Zusammenhang - vor allen Dingen in Verbindung mit dem neuen Konzept der ländlichen Entwicklung - verdeutlichen:

Bedingt durch die europäische Agrarpolitik haben wir eine leistungsstarke Landwirtschaft, die uns bei steigenden Erträgen kontinuierlich und reichlich mit Nahrungsmitteln versorgt. Es wird inzwischen in fast allen Bereichen weit über eine mögliche Nachfrage hinaus produziert. Die Technisierung und Modernisierung der Landwirtschaft, vor allem in der Milch- und Fleischproduktion haben dazu geführt, daß wir billig Futtermittel importieren, welches bei uns auf über zehn Millionen Hektar Land produziert werden müßte (Das ist die landwirtschaftliche Fläche der BRD). Das bei uns zu teuer produzierte Futtergetreide liegt in den Lagern der Interventionsstellen oder wird mit Subventionen auf dem Weltmarkt gebracht - mit entsprechend negativer Wirkung auf den Weltmarktpreis.

Was hat das nun für Folgen für die Entwicklungsländer, die häufig zu wenig Nahrungsmittel haben? Der Futtermittelimport in die EG kommt zum großen Teil aus den Agrarstaa-



ten der südlichen Hemisphäre. Die stärke- und eiweißhaltigen Früchte (Maniok, Soja etc.) werden in den tropischen Ländern angebaut und dienen dorthäufig als Nahrungsgrundlage der ärmeren Bevölkerungsschichten. Diese Nahrungsmittel werden bei uns im Verhältnis 3:1 zu Fleisch, Milch etc. "veredelt". Das heißt drei Nahrungsenergieeinheiten werden bei uns in eine Nahrungsenergieeinheit umgewandelt). Somit produzieren wir Überschüsse mit den Nahrungsmitteln der Hungernden.

An dieser Stelle wird häufig das Argument angeführt die Entwicklungsländer müssen mit diesen Exporten die Devisen für den Aufbau ihrer im eigenen Land erwirtschaften. Das ist sicher richtig, aber es läßt sich mit einer hungernden Bevölkerung keine vernünftige Entwicklung einleiten, und die Verschwendung der Nahrungsenergie im Verhältnis 3:1 zur Produktion von Überschüssen hemmt nicht nur bei uns eine vernünftige Politik. Denn viele Entwicklungsländer produzieren aufgrund ihrer natürlichen Voraussetzungen billiger und besser Fleisch als wir. Die aber müssen ihre Produktion einstellen, weil wir zuviel Fleisch produzieren und es zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt bringen. Die Fiktion - vom Freien Handel - wendet sich zum Vorteil der finanzstarken Industrieländer.

Ein Ziel der ländlichen Entwicklung ist die erhöhte Nahrungsmittelproduktion. Aber welcher Landwirt in der Dritten Welt kann schon mit einem gut abgesicherten und geschützten Landwirt in Europa konkurrieren. Wir sollten unsere Probleme mit einer größeren Rücksicht auf die Bauern in der Dritten Welt lösen. Das Ungleichgewicht zwischen Nahrungsmittelproduktion und -verteilung nimmt zu.

Zur Nahrungsmittelhilfe läßt sich in diesem Zusammenhang nur kurz sagen: Sie schafft verstärkte Abhängigkeiten und fördert den Stillstand in der Entwicklung der Agrargesellschaft der Dritten Welt. Sie sollte nur in wirklichen Notfällen als Humanitäre Hilfe angewandt werden. Sie ist kein entwicklungspolitisches Instrument.

Wenn wir jetzt also einen Welternährungstag im feierlichen Rahmen begehen, bleibt darüber nicht zu vergessen, den Blick auch ins eigene Land zu richten. Wir leben gut und reden viel über den Hunger in der Welt. Die Politik im Ernährungsbereich hat unsere Vorkammern reichlich gefüllt. Wer endlich darüber nachdenkt und nachforscht wird bald merken, daß dort auch die Nahrungsmittel der Hungernden liegen. Der Welternährungstag sollte dazu genutzt werden den Zusammenhang zwischen Überfluß bei uns und dem Elend in der Dritten Welt klarzustellen. Er sollte dazu anregen, die Situation zum Vorteil der Hungernden zu verändern.

(-/15:10.1981/hi/ca)

+

+

+



18. Oktober: Gute Chancen für Papandreou in Griechenland

Die alten Liberalen und die Linksozialisten schlossen sich mit der Pasok zusammen

Von Basil P. Mathiopoulos

"Sollte die Pasok die Wahlen in Griechenland gewinnen, werden sowohl in Frankreich als auch in Griechenland verantwortliche Führer an der Regierung sein, die sich einander gut kennen und zu schätzen wissen. Sie sind Freunde, was bedeutet, daß sie volles Verständnis für ihre eigenen Probleme haben." Dies erklärte dem Direktor der Athener Zeitung TA NEA Jannis Kapsis der französische Staatspräsident François Mitterrand bei einem exklusiven Interview.

Griechenland braucht mehr denn je die Verbundenheit seiner Freunde in Europa - und in den letzten Jahren war die Zusammenarbeit Athens mit Bonn und Paris sehr eng gestaltet. Nicht etwa nur, weil seit dem 1. Januar dieses Jahres Griechenland volles Mitglied der EG geworden ist, sondern auch weil sich gerade jetzt das Land in einer Wende befindet. Am 18. Oktober finden in Griechenland Wahlen statt. Und es scheint als sicher zu gelten, daß die Sozialisten - die Pasok Partei Papandreous - die im letzten Parlament die größte Oppositionspartei bildeten: 94 Sitze bei insgesamt 300, die absolute Mehrheit gewinnen werden.

Warum aber wäre der Sieg der Pasok eine wichtige Wende?

Am 18. Oktober werden sechs Millionen griechische Wähler - und zum ersten Mal 500.000 Neuwähler ab 20 Jahren - entscheiden, ob ein veraltetes, nicht funktionierendes politisches System weiter die Geschicke des Landes führen wird, oder ein Wechsel hin zu demokratischen sozialistischen Richtlinien eintreten kann. Die konservative Rechte regiert - außer kurzen Unterbrechungen - seit fünfundvierzig Jahren in Griechenland. Die Ernte aus einem fast halben Jahrhundert "Tätigkeit" ist verheerend. Während in allen westeuropäischen Länder nach 1945 eine Erneuerung des Staatsapparates und eine Modernisierung erfolgte, fand in Griechenland die letzte Verwaltungsreform parallel mit der Agrarreform im Jahre 1911 unter Venizelos statt.

Kein Wunder, daß die großen Staatsinstitutionen Elektrizitätswerke, Eisenbahnen, Sozialversicherungen für Arbeitnehmer und Bauern und so weiter mit einem Rhythmus der Vergangenheit und völlig unproportional mit der Dynamik des griechischen Charakters arbeiten. Der Staat steht für den durchschnittlichen Bürger wie ein "Feind" da. Am besten kann man dies in dem Regierungsteuersystem wiederfinden. Die Reeder zum Beispiel hinterziehen ihre Steuern oder verlegen einfach ihren "Hauptsitz" nach Panama. Als "reichster" Grieche, der auch die meisten Steuern zu zahlen hatte, figurierte 1980 - nicht ohne sarkastische Pressekommentare - der Besitzer eines großen Athener Schuhgeschäfts!

Die Alternative der Pasok

Gegenüber dieser unzeitgemäßen Situation und der Gerontokratie, die unter der "Neuen Demokratie" (die Regierungspartei) herrscht, - wichtige Posten des öffentlichen Lebens sind von Achtzigjährigen bekleidet - bietet die Pasok eine Alternative. Andreas Papandreou, der Führer der Sozialisten, entwickelte ein modernes soziales Programm, das für die direkten brennenden Probleme der schaffenden Schichten der Bevölkerung reelle Hoffnung weckt und eine verbesserte Lebensqualität verspricht. Vor allem: eine radikale Steuerreform, eine Erziehungsreform, soziale Einrichtungen für den Bauern und hauptsächlich: Arbeit für alle.

Die Tragik der griechischen Gesellschaft spiegelt sich in der Tatsache wider, daß die besten Kräfte des Volkes seit Jahrzehnten auswandern. Arbeitslosigkeit und Unterbe-



schäftigung trieb die jungen Griechen - Arbeitnehmer, Studenten, Akademiker - ins Ausland. "Alle Länder exportieren Waren", hatte einmal der Vater Papandreou Anfang der 60er Jahre gesagt. "Griechenland allein exportiert Menschen." Diese unhaltbare Lage soll nun zu Ende gehen. Ein Strom für den "Wechsel" - die Wahlparole der Pasok - umfaßt nun das ganze Land.

Da sich der Vorsitzende des früheren liberalen Zentrums Georg Mavros und der bekannte Widerstandskämpfer des Zweiten Weltkrieges, Manolis Glezos, der Pasok angeschlossen haben, erwartet man im allgemeinen eine sichere Parlamentsmehrheit der Sozialisten. Dies umso mehr, da die Regierungspartei den fatalen Fehler gemacht hat, den Führer der extremen Rechten, Theotokis, in seine Reihen aufzunehmen.

Außenpolitisch erneuerte Andreas Papandreou die freundlichen Beziehungen, die er während der Diktatur (1967 bis 1974) mit der SPD angeknüpft hatte.

Im vorigen Jahr besuchte er in Bonn Willy Brandt und im Oktober 1980, als der SPD-Vorsitzende in Griechenland weilte, hat ein weiteres mehrstündiges Gespräch zwischen Brandt und Papandreou stattgefunden. Im Juli dieses Jahres empfing ihn Bundeskanzler Helmut Schmidt in Bonn. Freundschaft verbindet seit Jahren Papandreou mit Horst Ehmke. Außerdem war Papandreou von Staatspräsident Mitterrand nach Paris offiziell eingeladen worden.

Die Pasok wird mit den europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten auch als Regierung freundschaftliche Beziehungen pflegen. Sie will in Europa positiv wirken. Andererseits glaubt Papandreou, daß der Beitrittsvertrag Athens mit der EG in heutiger Form für Griechenland nachteilig ist. Genau wie die Labours in England zur Revidierung des anfänglichen Vertrages gearbeitet haben, will Papandreou mindestens eine tiefgreifende Revision des Vertrages einführen. Die Nato hat, nach der Meinung der Pasok, nichts inzwischen unternommen, um die Ursachen, die die konservative Regierung Karamanlis im August 1974 dazu bewogen haben, Griechenland von der militärischen Integration der Nato zu entfernen, zu beseitigen. Nichts geschah nach den zwei türkischen Militärinterventionen auf Zypern. In dieser Frage wird Papandreou unnachgiebig sein - und er hat die Mehrheit der Griechen mit sich. Doch die Behauptungen seiner politischen Gegner, er sei Antieuropäer, sind gleicher Couleur wie die gespenstische Ausmalung "über die Gefahren", die mit einer sozialistischen oder sozialdemokratischen Regierung jedes Land in Europa erwarten...

(-/15.10.1981/va-he/ca)

+

+

+



DOKUMENTATION

Nach den "Thesen zu den Jugendunruhen 1980" sind in der Schweiz jetzt von der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen "Stichworte zum Dialog mit der Jugend" herausgegeben worden. Die Autoren setzen sich darin mit Anwendungsbeispielen für eine offene Jugend- und Gesellschaftspolitik ein. Wir dokumentieren den Text in Auszügen. (Teil II). Der vollständige Bericht kann zum Unkostenbeitrag von zwei Schweizer Franken beim Bundesamt für Kulturpflege, Postfach, CH 3000 Bern 6, bezogen werden.

Was können die Jugendlichen grundsätzlich tun?

Für ein besseres Verstehenlernen der Vorbehalte und der Ängste der Erwachsenen wird in diesem Kapitel plädiert. Auch Erwachsene seien einmal jung gewesen. Sie wurden zu dem gemacht, was sie sind.

o Not der Erwachsenen sehen: "Traum und Trieb der Erwachsenen sind nicht anders als die der Jugendlichen: Auch der Erwachsene sehnt sich nach Kreativität und Spontaneität, möchte zärtlich sein und lustvoll leben, verrückte Ideen verwirklichen und Ausgefallenes zulassen, mitunter sich anlehnen, trotzen, sich gehen lassen. Meist kann er es nicht; einige können es überhaupt nicht mehr (...).

Von Kind auf wurde er mit harten Forderungen konfrontiert, die teils in materieller Notwendigkeit, teils in der Erziehungsmentalität der Zeit begründet waren. Er hat gelernt und erfahren, daß er akzeptiert wird und vorwärtskommt, wenn er sich diesen Forderungen unterzieht und ihnen genügt. Diese Forderungen waren auch mit Versprechen verbunden: Wenn du diszipliniert und arbeitsam bist, kannst du Karriere machen; wenn du verzichtest und sparst, hast du Sicherheit und kannst dir vielleicht sogar einmal etwas Außergewöhnliches leisten; wenn du heiratest wirst du glücklich sein (...).

Ein Teil der jetzt Erwachsenen hat diese Ziele erreicht und findet nach wie vor beides richtig, Weg und Ziel. Ein Teil hat die Ziele zwar äußerlich erreicht, zweifelt aber, ob sie erstrebenswert waren und ob das Weggeld nicht zu hoch war. Ein gewiß nicht kleiner Teil steht vor einem oder manchen Scherbenhaufen: Menschliche Beziehungen sind gescheitert; Karrieren bleiben versagt; die Berufsarbeit erscheint unbefriedigend (...).

Gerade in dieser Situation ist es besonders schwer, Alternativen anzunehmen und auszuprobieren. Das würde nämlich bedeuten, daß man nicht nur sich selber gegenüber, sondern auch gegen außen eingestehen müßte, daß man Täuschungen erlegen ist, Chancen verpaßt und Fehler gemacht hat - ob selbstverschuldet oder nicht, spielt dabei keine so große Rolle. Es kränkt auf jeden Fall das Selbstbewußtsein und tut weh (...).

Jugendliche sollten einen Fehler nicht machen, den sie zu Recht an Erwachsenen kritisieren: Schuld zuzuteilen und Strafe zuzumessen (...). Sie sollten die Forderung nach mehr Menschlichkeit und mehr Zärtlichkeit auch den Erwachsenen gegenüber wahrnehmen - selbst dann, wenn sie von ihnen keins von beidem erfahren haben (...)."

o Unterstützung akzeptieren: "Nicht nur manche Sehnsüchte der Erwachsenen, auch viele Probleme in der Auseinandersetzung mit sich selber und der Umwelt entsprechen denen der Jugendlichen. Nicht alle haben das verdrängt, und vielen hat es die Jugendbewegung wieder bewußt gemacht (...).

Das Bedürfnis der Erwachsenen, Erfahrungen weiterzugeben, darf nicht generell als Angriff auf Autonomie gewertet werden. In jedem Erwachsenen schlummert der mütterliche oder väterliche Helfer (...). Erwachsene, die die eigene Jugend verpaßt oder verloren haben, haben Mühe, dies zuzugeben. Für Jugendliche ist es schwer, es zuzugeben, wenn sie noch einen Vater oder eine Mutter brauchen. Aber beides ist notwendig und kann beiden weiterhelfen."

o Gefahr der Isolation erkennen: "Die Tendenz Jugendlicher, sich auf eine Insel zurückzuziehen, auf der sie ohne Bezug zur Umwelt nach ihren Vorstellungen leben können, ist groß. Die Tendenz Erwachsener, sich unbequeme Jugendliche auf diesem Weg vom Hals zu



schaffen, ist es ebenfalls (...). Splittergruppen in einem Ghetto kann man vergessen; was sie tun und lassen, braucht man nicht zur Kenntnis zu nehmen. Neue Ideen und Erfahrungen, aber auch Bedürfnisse dieser Minderheiten kann man ruhig übergehen (...).

Ein übergehender Rückzug auf sich selber kann der Selbstfindung dienen. In einem längeren Inseldasein unter (scheinbar) Gleichartigen und Gleichgesinnten wiederholen sich aber dieselben Mechanismen von Rivalität, Aggression und Frustration, in die man in der 'Außenwelt' hineingewachsen ist (...). Im eigenen Interesse und im Interesse der Weiterentwicklung der ganzen Gesellschaft müssen sich die Jugendlichen gegen alle Bestrebungen zur Isolation zur Wehr setzen, ob sie nun aus dem eigenen Innern oder von außen kommen."

o Solidarität entgrenzen: "(...) Das Schweigen der 'schweigenden Mehrheit' der Jugendlichen wird als stilles Einverständnis mit dem vorherrschenden System gedeutet. Faktisch läßt sich allerdings nur belegen, daß ein Teil dieser Jungen sich von gewaltsamen Demonstrationen und den chaotischen Zuständen in der 'Jugendzene' distanzieren und daß Kontakte gemieden werden.

Warum das? Warum findet zwischen den verschiedenen Teilen der Jugend vielleicht noch weniger Kommunikation statt als zwischen den Generationen? Warum versuchen die 'Bewegten' nicht zu erfahren, ob sie mit ihren Problemen und Forderungen allein sind? (...). Das Grundproblem ist vermutlich, daß derjenige, der Solidarität nicht erfahren hat, seinerseits nicht solidarisch sein kann. Jene Jugendliche aber, die entdeckt haben, was Solidarität heißt, sollten sie zumindest nicht nur auf Teile ihrer Altersgenossen beschränken."

Beispiele zum Dialog

Die Autoren haben darauf verzichtet "möglichst wichtige oder allgemeinverbindliche" Beispiele zu geben, "sondern auf andere Bereiche gut übertragbare Beispiele zu finden". Die Kommission fährt fort: "Sie mögen sehr einfach, vielleicht auch naiv erscheinen; das illustriert die Überzeugung der Jugendkommission, daß in überschaubaren Verhältnissen begonnen werden muß."

o Gemeindebehörden: Bei der Gestaltung von Wohn- und Lebensraum können für alle interessierten Bürger Ideenwettbewerbe ausgeschrieben werden. Eine andere Möglichkeit besteht darin, eine bestimmte Gruppe zu beauftragen, ein Quartierzentrum, eine Wohnstraße und so weiter nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Die Gemeindebehörden können ferner gemeinsam mit Jugendlichen gegen Drogenhandel und Gewalt kämpfen. Die Sorge um Süchtige und das Fernhalten von Dealern in Jugendzentren sind ohne Hilfe von außen oft kaum möglich. Sie darf sich nicht auf die Zusammenarbeit mit der Polizei beschränken, kann aber Ausgangspunkt für eine neue Verständigung zwischen politischen Kontrohernten sein.

o Kantonsbehörden: Das Strafrecht sollte Jugendlichen gegenüber mit Maß und Milde angewendet werden. Die politischen Behörden können im Einzelfall Begnadigungen aussprechen. Solche wären wenigstens dort angezeigt, wo sich Vergehen auf die Teilnahme an einer unbewilligten Demonstration beschränken. Im Rahmen einer "Aktion Jugendkultur" könnten die Kantone zudem kantonale Jugendkultur-feste veranstalten, deren Inhalt die Jugendlichen selbst bestimmen dürften.

o Bundesbehörden: Bei der Vorbereitung neuer Erlasse, welche die Jugend betreffen, sollten Jugendliche aktiv einbezogen werden. Der Bund sollte die "Art und Weise gesetzgeberischer Tätigkeit offener und breiter" gestalten. Um Jugendliche zu motivieren, bei politischen Vorgängen mitzumachen, müssen Vorlagen gefunden werden, die auf genügendes Interesse stoßen. Nur so verhindert der Gesetzgeber das Auftauchen der Frage: Womit beschäftigt sich der Staat eigentlich?



o Schule: Die Fähigkeit, zuzuhören, lernt der Schüler vor allem, wenn der Lehrer auch ihm zuhört. Der Lehrer soll auf die Schüler eingehen und empfänglich sein für alles, was sie ihm geben ("offene Stunden"). In der Schule laufen Prozesse ab, die sich auch sonst im Leben ereignen. Die Schule als Modell-situation sollte daher Thema für die ganze Schule sein, und alle Schüler sollten in die Auseinandersetzung einbezogen werden, sei es durch gemeinsame Analysen, Rollenspiele, Hearings, Experimente und so weiter. Die Schule schließlich als Gemeinde- oder Quartierzentrum: Viele wären froh um Räumlichkeiten, die genutzt werden können. Schulhäuser sind geeignet, lebendige Zentren öffentlichen Lebens zu sein.

o Kirchen: Die Kirche kann sich auf ihre Meditationstradition zurückbesinnen und diese von den östlichen Einflüssen neubefruchten lassen. Sie kann das mystische Element in der Gestaltung des Gottesdienstes wieder betonen. Der gegenwärtige Zulauf der Jugendsekten ist deshalb gefährlich, weil eine Abhängigkeit zu einem Sektenführer oder einer zu engen Dogmatik entsteht. Die Kirche kann außerdem Auffangzentren führen für Jugendliche, die mit persönlichen Problemen kämpfen.

o Jugendorganisationen: Sie sollen offene Jugendarbeit betreiben, die für alle da ist. Diese Jugendarbeit sollte nicht allein den Erwachsenen überlassen bleiben. Man soll die Jugendlichen dort "abholen", wo sie sind und nicht erwarten, daß sie sich von selber melden.

o Sportvereinigungen: Sie sollten vermehrt den spielerischen Sport für alle, statt nur den Leistungssport fördern. Es ist schon viel erreicht, wenn Behörden und Vereine Infrastruktureinrichtungen wie Sportplätze, Garderoben, Duschen und Geräte einem weiten Publikum zur Verfügung stellen.

o Arbeitgeber: Jobs, das heißt die Möglichkeit, ohne jede innere Anteilnahme Geld zu verdienen, sind abzubauen. Der Jugendliche von heute möchte Arbeit unmittelbar als sinnvoll erleben, nicht erst in der Zukunft. Bei der Vergabe von Lehrstellen und Arbeitsplätzen soll nicht nur auf den "Schulsack", auf die formalen Qualifikationen abgestellt werden. Es lohnt sich, die Eignung sorgfältig abzuklären und auch menschliche Qualitäten zu berücksichtigen. Auch die Wirtschaft kann profitieren, wenn ein Mitarbeiter von innen her motiviert ist, seine Arbeit zu erfüllen.

o Medien: Jugendkolumnen sind allen Zeitungen zu empfehlen. Sie sollen sich an alle Leser richten und entsprechend plaziert werden. Radio und Fernsehen sollten Jugendthemen nicht "im Getto" behandeln, sondern in Sendegefäßen, wo mit breitgestreuter Zuschauer- und Hörerschaft zu rechnen ist.

o Eltern und Ältere: Manche Eltern sind überfordert. Selbsthilfe- und Erfahrungsgruppen sowie familientherapeutische Gruppen können ihnen weiterhelfen. Großeltern und andere ältere Menschen verstehen oft die Jugend besser als die Eltern. Sie sollten jungen Leuten eventuell Wohnraum öffnen oder zu günstiger Miete anbieten. Mit- und Fürsorge der Älteren kann auch diese selber wieder aus der Isolation herausführen.

(-/15.10.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

